

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Literaturverzeichnis	XXX
Kapitel 1: Einleitung	1
§ 1 Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren.	1
I. Faktischer Einfluss der gesicherten Gläubiger auf das über das Vermögen des Sicherungsgebers eröffnete Insolvenzverfahren.	1
II. Insolvenz des Sicherungsgebers als Prüfstein der Sicherungsrechte	1
1. Insolvenz als Sicherungsfall.	1
2. Gang der Darstellung.	2
§ 2 Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	4
I. Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtung der dinglich berechtigten Gläubiger	4
II. Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Verfahren mit dem vollen Wert der gesicherten Forderung	5
1. Gesetzliche Regelung.	5
2. Anforderungen an den Verzicht gem. § 52 S. 2 InsO	6
III. Grundpfandgläubiger	7
1. § 49 InsO	7
2. Vorrecht der Wohnungseigentümergeinschaft in der Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums eines Wohnungseigentümers nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG	8
IV. Inhaber besitzloser Mobiliarsicherheiten	9
1. Ausschließliches Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters	9
2. Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösaus-schüttung nach den §§ 170, 171 InsO.	10
3. Pflichten des Insolvenzverwalters.	10
4. Vermieter- und Verpächterpfandrecht.	11
V. Pfändungspfandrecht.	11
VI. Besitz des absonderungsberechtigten Gläubigers an der Sache	13
1. Vertragspfandrecht.	13
2. Besitz des Sicherungseigentümers	14
VII. Sicherungszessionen	14
1. Einziehungs- und Verwertungs-befugnis des Insolvenzverwalters in dem über das Vermögen des Zedenten eröffneten Insolvenzverfahren	14
2. Entgegennahme der Leistung	15
3. Beschränkte Rechtsübertragung oder beschränkte Rechtsausübung?	15
4. Einziehungsbefugnis im Falle der Pfändung und Überweisung einer Forderung zur Einziehung, § 835 Abs. 1, Var. 1 ZPO	16
	VII

5.	Rechtslage bei Pfändung und Verpfändung der Forderung	18
VIII.	Ersatzaus- und Ersatzabsonderung	18
IX.	Eigenverwaltung des Schuldners	19
X.	Besicherte Massekredite	20
XI.	Besicherte Gesellschafterdarlehen	20
XII.	Besondere Absonderungsrechte	20
1.	Versicherungsrechtlicher Ersatzanspruch in der Insolvenz des Versicherten	20
2.	Verwendungen	21
3.	Frachtführerpfandrecht	21
Kapitel 2: Aussonderung schuldnerfremder Vermögensgegenstände . .		22
§ 3	Haftungsrechtlicher Unterschied von Aus- und Absonderungsrecht	22
I.	Der „Erhaltungsgrundsatz“ – Insolvenzfestigkeit unanfechtbar wirksam bestellter dinglicher Rechte im eröffneten Insolvenzverfahren	22
II.	Rechtsdogmatische Begründung des Aussonderungsrechts	23
1.	Kritik der Lehre vom Eigentumsschutz	23
2.	Zuweisung des Nutzungswertes oder des Substanzwertes an den Insolvenzschuldner	24
3.	Kritik der Lehre von der Wertvindikation	24
III.	Rechtsverfolgung der Aussonderungsberechtigten außerhalb des Insolvenzverfahrens	25
1.	Grundsatz	25
2.	Fortdauer von Dauerschuldverhältnissen, § 108 InsO	25
§ 4	Sicherheiten in der Insolvenz des Sicherungsnehmers	26
I.	Insolvenz des Sicherungsnehmers	26
1.	Aussonderungsrecht des Treugebers	26
2.	Aussonderungsrecht des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers (Sicherungseigentümers)	26
II.	Fallgruppen	26
1.	Schuldrechtliche Treuhandabreden ohne dingliche Befestigung	26
2.	Treuhandkonten	27
3.	Instandhaltungsrücklage von Wohnungseigentumsgemeinschaften	28
4.	Bürgschaften	29
5.	Aussonderungskraft des Anfechtungsanspruchs	31
§ 5	Sonderfall des einfachen Eigentumsvorbehalts: Vorbehaltsverkäufer im Falle einfachen Eigentumsvorbehalts	32
I.	Aussonderungsberechtigung des Eigentumsvorbehaltsverkäufers im Falle des einfachen Eigentumsvorbehalts	32
II.	Insolvenzrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen der Gewährung eines Aussonderungsrechts des Verkäufers bei einfachem Eigentumsvorbehalt	33
III.	Einbindung des Eigentumsvorbehaltsgutes in das Insolvenzverfahren	35
1.	Regelungsgehalt des § 107 Abs. 2 InsO	35

2.	Rücktrittsrechte des Eigentumsvorbehaltsverkäufers vor Ablauf der Erklärungsfrist	35
3.	Auslegung der Erklärungen der Parteien und Schwebezustand nach § 107 Abs. 2 InsO	36
§ 6	Erwerb der Eigentümerstellung durch die den Eigentumsvorbehaltskauf finanzierende Bank führt zur Bewertung als Sicherungseigentümerin	37
I.	Fragestellung	37
II.	Fallgruppen	37
1.	Neuwagenfinanzierungsfall	37
2.	Factoringfall	41
§ 7	Auskunftsansprüche des Aussonderungsberechtigten	42
I.	Inventarisierungspflichten des Insolvenzverwalters als Ausgangspunkt	42
1.	Belastung der Masse mit den aufzuwendenden Kosten	42
2.	Rechtsprechung	43
3.	Auskunftserteilung als Amtspflicht des Insolvenzverwalters	43
II.	Gegenstand und Reichweite der Auskunftspflicht	44
1.	Rechtsgrundlagen	44
2.	Kosten	45
3.	Auskunftsanspruch aus § 242 BGB aus Sonderbeziehung des Insolvenzverwalters zum Aussonderungsberechtigten	46
4.	Reichweite des Auskunftsanspruchs in unterschiedlichen Lagen	47
§ 8	Eigentümer-Besitzerverhältnisse zwischen Aussonderungsberechtigtem und Insolvenzverwalter	47
I.	Grundfrage: Recht des Schuldners zum Besitz am Aussonderungsgut	47
II.	Fortdauer von Nutzungsüberlassungsbeziehungen im eröffneten Insolvenzverfahren	48
1.	Recht zum Besitz	48
2.	Haftung des Insolvenzverwalters	48
III.	Wirksame Kündigung von Nutzungsüberlassungsbeziehungen im eröffneten Insolvenzverfahren	49
1.	Fragestellung	49
2.	Vindikationsrechtliche Ansprüche des Aussonderungsberechtigten	49
IV.	Ansprüche der Masse gegen den Aussonderungsberechtigten	50
1.	Gegenrechte des die Massegegenstände besitzenden Insolvenzverwalters	50
2.	Vindikationsrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters	50
Kapitel 3: Sicherungseigentum und Sicherungszession als publizitätslose Pfandrechte		55
§ 9	Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen	55
I.	„Einbindung“ der dinglich gesicherten Gläubiger in das Insolvenzverfahren und „Unterwerfung“ der Sicherheitengläubiger unter das „Insolvenzregime“	55

1.	Auch die Befriedigung der Absonderungsberechtigten ist Aufgabe des Insolvenzverfahrens	55
2.	Materieller Grund: Substanzwert des Absonderungsgutes gehört zur Soll-Masse.	55
3.	Verteilungsgerechtigkeit und Gläubigergleichbehandlung.	56
II.	Greift die InsO in das Volleigentum des Sicherungseigentümers ein oder gestaltet sie ein besitzloses Mobiliarpfandrecht aus?	57
III.	Sicherungsabrede und Sicherungseigentum	58
1.	Sicherungseigentum als Volleigentum?	58
2.	Dingliche Reflexe der schuldrechtlichen Sicherungsabrede.	60
3.	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung.	61
4.	Ungleichbehandlung des Sicherungseigentums in Zwangsvollstreckung und Insolvenzverfahren.	63
5.	Folgerungen	64
IV.	Erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt als Sicherungsübereignung und Sicherungszession	64
1.	Erweiterter Eigentumsvorbehalt: Verarbeitungsklauseln	64
2.	Verlängerter Eigentumsvorbehalt: Ermächtigung des Vorbehaltskäufers zur Weiterveräußerung unter Abtretung der erlangten Kaufpreisforderungen an den Eigentumsvorbehaltsverkäufer	65
3.	Vermeidung der Stellung als Absonderungsberechtigter: Konsignationslagerverträge	66
V.	Sicherungszession als Typus	67
1.	Inhaberschaft des Schuldners als Sicherungszedenten und Zugehörigkeit der Forderung zu seinem Vermögen	67
2.	Umfang der Rechtsmacht des Sicherungszessionars: Die Einziehungsbefugnis	68
3.	Offenlegung der Sicherungszession gegenüber dem Forderungs(dritt)schuldner.	69

§ 10 Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter 69

I.	Aufgabe des Insolvenzverwalters	69
1.	Feststellung von Absonderungsrechten und Haftungsvermeidung.	69
2.	Typische Fehler bei der Bestellung von Kreditsicherheiten	70
II.	Fehler von Kreditsicherungsverträgen	71
1.	Globalverträge.	71
a)	Form	71
b)	Freigabeklausel	71
c)	Erfordernis der Verwertungsandrohung.	77
d)	Sicherung in der Krise	78
2.	Zessionsverbote	79
III.	Einzelübertragungen	81
1.	Form	81
2.	Nichtigkeit wegen Sittenwidrigkeit	81
3.	Sachenrechtliche Bestimmtheit	82
a)	Sicherungsabtretung.	82
b)	Sicherungsübereignung einzelner Sachen	83
IV.	Sicherungsübereignung von Sachgesamtheiten	84

1.	Sachenrechtliche Bestimmtheit bei Raumsicherungsverträgen: Mustersammlungsfall	84
2.	Sachenrechtliche Bestimmtheit bei Raumsicherungsverträgen: Verweis auf „Vorräte“, § 266 Abs. 2 B HGB	85
3.	Bestimmbarkeit aufgrund von Inventaren der sicherungsübereigneten Stücke.	86
4.	Formlosigkeit der Sicherungsübereignung	87
5.	Unbestimmtheit der Globalensicherungszeession	87
V.	Allgemeine Einwendungen des Insolvenzverwalters.	89
1.	Vermutung des Eigentums des Besitzers, § 1006 BGB.	89
2.	Formbedürftigkeit nach § 311b Abs. 1 BGB	89
3.	Erweiterte Sicherungsübertragung kraft Sicherungszweckvereinbarung.	90
VI.	Weitere Fallgestaltungen des Pfandrechtserwerbs.	90
1.	Pfandrechtserwerb vom Nichtberechtigten	90
2.	Reichweite des Vermieterpfandrechts	90
VII.	Fehlerquellen beim einfachen Eigentumsvorbehalt	91
1.	Widersprechende Erklärungen von Verkäufer und Käufer (Insolvenzschuldner)	91
2.	Veräußerungsketten	92
3.	Konzernvorbehalt	92
4.	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung.	92
VIII.	Insolvenzanfechtung der Bestellung von Sicherheiten	93
1.	Gläubigerbenachteiligung durch Sicherheitenbestellung in der Krise	93
2.	Kongruenzanfechtung des Sicherheitenerwerbs in den drei Monaten vor Antragsstellung, § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO.	93
3.	Anfechtung des Sicherheitenerwerbs wegen vorsätzlicher Gläubigerbenachteiligung.	93
4.	Entgeltlichkeit der Nachbesicherung von Darlehen	95
5.	Inkongruenz der Sicherung aus Vertragspfandrechten an künftig entstehenden Forderungen	96
6.	Austausch von Sicherheiten	97
7.	Verrechnung von Gutschriften mit dem Schuldsaldo des Kontokorrentkontos.	97
8.	Anfechtung des Werthaltigmachens sicherungszedierter Forderungen.	99
IX.	Die gesicherte Forderung.	103
1.	Valutieren der gesicherten Forderung.	103
2.	Reichweite der Sicherung der Forderung – das Problem der Forderungszinsen.	103
3.	Reichweite der Sicherung der Forderung – das Problem der Kosten	105
X.	Anfechtung des gutgläubigen Erwerbs des Grundpfandrechts.	105
§ 11	Konkurrierende Sicherheiten	106
I.	Fragestellung: Die Geltendmachung konkurrierender Sicherheiten von finanzierender Bank und Lieferanten in der Insolvenz des Sicherungsgebers.	106
II.	Konkurrenz von Sicherungsrechten aufgrund typischer Klauseln von Darlehensgebern und Lieferanten	107
1.	Eigentumsvorbehaltsklauseln	107
a)	Allgemeines.	107

	b) Widerruf des Sicherungsnehmers mit Wirkung für die Eigentumsvorbehaltslieferanten?	107
	2. Globalsicherungszession und globale antizipierte Sicherungsübereignung	107
III.	Der Normallfall	108
	1. Eigentum der Lieferanten.	108
	2. Beweislast.	109
	3. Beweislage des einzelnen Eigentumsvorbehaltslieferanten.	109
	a) Beweisfähigkeit	110
	b) § 742 BGB und Aussonderungsklage des einzelnen Eigentumsvorbehaltslieferanten	110
	4. Aussonderung durch Miteigentumsgemeinschaft der Eigentumsvorbehaltslieferanten	110
	a) Eigentumserwerb an der neuen Sachgesamtheit.	110
	b) Höhe der Miteigentumsanteile.	110
	5. Rechtsfolgen des Miteigentums des Schuldners.	111
IV.	Zeitpunkt des Erwerbs von Sicherungseigentum im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsicherungsklauseln.	111
	1. Abhängigkeit des Erwerbs des Sicherungseigentums vom Eigentumserwerb durch den Schuldner	111
	2. Judikatur des früheren VIII. Zivilsenats des BGH zu den Vorgängen und zur Dogmatik des Erwerbs des Sicherungseigentums.	112
	a) Volleigentumserwerb des Sicherungseigentümers gem. § 934 Halbs. 1 BGB?	112
	b) Kritik	113
	c) Maßstäbe zur Neubeurteilung des Problems aus der Judikatur des IX. Zivilsenats des BGH	113
	3. Zeitpunkt des Erwerbs eines publizitätslosen Pfandrechts aufgrund antizipierter Globalzession im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsicherungsklauseln	114
	a) Rechtserwerb der Globalsicherungszessionarin im Falle eines Scheiterns des Sicherungserwerbs durch die Eigentumsvorbehaltslieferanten.	114
	b) Keine sekundäre Beweislast des Insolvenzverwalters	114
	4. Auswirkung der Eigentumsvermutung des § 1006 Abs. 1, Abs. 2 BGB auf die Beweislage der Bank	115
	a) Doppelte Eigentumsvermutung zugunsten des Insolvenzverwalters im Prozess auf Klage der Sicherungseigentümerin.	115
	b) Kein Erwerb des Sicherungseigentums durch antezipierte Sicherheitenbestellung an dem Schuldner zustehenden Anwartschaftsrechten.	116
V.	Statt Bevorteilung einzelner Gläubiger entgegen der sachenrechtlichen Lage Befriedigung par condicio creditorum.	117
	1. Einwände	117
	2. Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrenseffizienz der Berücksichtigung der sachenrechtlichen Lage.	117
VI.	Konkurrenz von Vermieterpfandrecht und Sicherungseigentum an eingebrachten Sachen des Mieters.	118
	1. Fallgestaltung	118
	2. Sicherungsübereignung eingebrachter Sachen	118
	3. Vermieterwechsel.	119

Kapitel 4: Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Insolvenzverfahren	120
§ 12 Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	120
I. Verfahrenseinleitung als elementare Befugnis „der“ Gläubiger	120
1. Funktion der Fremdantragstellung für Gläubiger eines insolventen Schuldners	120
2. Sicherungsaufgabe: Werterhalt gesicherter Gegenstände in einem geordneten Verfahren	121
II. Rechtliches Interesse an der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.	121
1. Bessere Erlösaussichten im Insolvenzverfahren.	121
2. Rechtsmissbrauch?	122
3. Judikatur	123
III. Aussonderungsberechtigte Gläubiger.	125
§ 13 Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	125
I. Fragestellung	125
1. „Mitteilung“ von Absonderungsrechten des gesicherten Gläubigers an den Insolvenzverwalter	125
2. Rechtliche Qualität der „Mitteilung“	127
3. Anforderungen an die „Mitteilung“ nach § 28 Abs. 2 InsO	127
4. Judikatur des BGH zu § 28 Abs. 2 InsO	128
5. Pflichtenlage des Insolvenzverwalters	131
6. Verhältnis von § 28 Abs. 2 S. 2 zu § 167 InsO	133
II. Judikatur	134
III. Funktion der Mitteilung	134
1. Ausschluss deliktischer Schadensersatzansprüche	134
2. Ausschluss der Haftung nach § 61 InsO und § 60 InsO.	135
3. Beeinträchtigung der verfahrensrechtlichen Befugnisse bei unterlassener Mitteilung	136
§ 14 Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubigerselbstverwaltung	136
I. Fragestellung	136
II. Stimmverbote.	136
1. „Erstickungstod“ der Gläubigerautonomie?	136
2. Bedenken	137
Kapitel 5	138
§ 15 Allgemeine gesetzliche Voraussetzungen der Verwertung der Masse als Grundlage der Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzverfahren.	138
I. Vorbemerkung: Verwertungsbefugnisse im eröffneten Verfahren als Maßstab der Befugnisse im Eröffnungsverfahren.	138
II. Verwertung von sicherungsübereigneten Sachen im eröffneten Insolvenzverfahren	138
1. Verwertung von Gegenständen des Anlagevermögens.	138
2. Veräußerung von Gegenständen des Umlaufvermögens	142
3. Besonderheiten der Verwertung von Umlaufvermögen	143
III. Possessorische Befugnisse des Insolvenzverwalters	143

IV.	Befugnis des Insolvenzverwalters zur Verwertung von sicherungszierten Forderungen im eröffneten Insolvenzverfahren	143
1.	Vollabtretung der Forderung	143
2.	Grenzen: Verpfändete Forderungen und Rechte.	144
3.	Offengelegte Zession	144
§ 16 Voraussetzungen der Verwertung sicherungsübereigneter Sachen durch den Insolvenzverwalter, § 166 Abs. 1 InsO		
I.	Gesetzliche Anordnung der Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	144
1.	Übersicht	144
2.	Fehlende Publizität des Sicherungseigentums	145
3.	Bewegliche Sachen als Gegenstand des Verwertungsrechts nach § 166 Abs. 1 InsO.	145
4.	Besitz des Verwalters	146
II.	Begriff der Verwertung	146
1.	Freihändige Veräußerung	146
2.	Auktionen	147
3.	Regelungsgehalt des § 172 InsO.	147
III.	Der Besitz des Verwalters	147
1.	Abgrenzung von den Besitzpfandrechten	147
2.	„Verwaltungsbesitz“ oder Besitz des Verwalters	147
3.	Organbesitz der gesetzlichen Vertreter des Schuldners	149
IV.	Mittelbarer Besitz des Insolvenzverwalters an sicherungsübereigneten Sachen	151
1.	Fälle der Vermietung der Sache durch den Schuldner	151
2.	Gartenbaumaschinen[Kettenbagger]-Fall.	152
V.	Besitz des Sicherungseigentümers an sicherungsübereigneten Sachen	153
1.	Fragestellung.	153
2.	Kommissionsfälle	154
3.	Reitergestütffall	155
4.	Reichweite des Verwertungsrechts des Verwalters bei Finanzierungsleasing.	156
§ 17 Antrag des Verwalters auf Fristsetzung zur Verwertung nach § 173 Abs. 2 InsO		
I.	Gesetzliche Regelung	158
1.	Verwertungsrecht des absonderungsberechtigten Gläubigers	158
2.	Insolvenzgerichtliche Fristsetzung	158
3.	Übergang des Verwertungsrechts auf den Insolvenzverwalter	158
II.	Verhältnis eines Prozesses um die Zugehörigkeit des Gegenstandes zur Masse zum Verfahren nach § 173 Abs. 2 InsO	158
§ 18 Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat.		
I.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	159
1.	Begründung des Pfändungspfandrechts	159
2.	Gewahrsam des Schuldners.	159

II.	Fortdauer der Verstrickung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens gepfändeter Sachen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens?	160
1.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts	160
2.	Antrag des Insolvenzverwalters nach § 825 ZPO	161
III.	Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	162
1.	Verwertung gepfändeter Sachen und § 89 Abs. 1 InsO	162
2.	Reichweite des § 80 Abs. 2 S. 2 InsO	163
3.	Erhalt des Nutzungspotenzials von Pfandsachen im Besitz des Schuldners für die Masse kraft gesetzlicher Anordnung	163
4.	Insolvenzbeschlagnahme der Pfandsachen im Besitz des Schuldners	164
5.	Rechtsbehelf des Insolvenzverwalters	164
IV.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Grenzen	165
§ 19	Unrechtmäßige Verwertungsmaßnahmen des Sicherungsnehmers	166
I.	Verwertungsverbot gegen den Sicherungsnehmer als spiegelbildliche Folge der Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	166
II.	Einziehung sicherungszedierter Forderungen durch den Sicherungszessionar nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Sicherungszedenten	166
III.	Ausschluss der Verwertung der sicherungsübereigneten Sache durch den Sicherungseigentümer	166
IV.	Entziehung des Besitzes an sicherungsübereigneten Sachen durch den Sicherungsnehmer als verbotene Eigenmacht	167
§ 20	Auskunftsansprüche der Absonderungsberechtigten gegen den Insolvenzverwalter	168
I.	Gesetzliche Regelung	168
II.	Dingliche Reichweite	169
III.	Auskunftsverlangen des Absonderungsberechtigten	170
IV.	Informationen, die im Wege der Auskunftserteilung zu übermitteln sind	170
1.	Tatsachen über bewegliche Sachen	170
2.	Besichtigung bewegliche Sachen	170
3.	Forderungen	170
V.	Auskunftsklage	171
VI.	Unterlassungsanspruch gegen die Verwertung des Absonderungsgutes	171
VII.	Erfüllung des Auskunftsanspruchs durch Abtretung eigener Auskunftsansprüche des Insolvenzverwalters gegen Dritte an den Absonderungsberechtigten	171
VIII.	Verhältnis zu § 28 Abs. 2 InsO	172
IX.	Unzumutbarkeit der Auskunftserteilung	173
§ 21	Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	174
I.	Beschränkung des vorläufigen Rechtsschutzes des Mobiliarpfandgläubigers gegen Nutzung und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Insolvenzverwalter	174

1.	Keine Sicherung oder Befriedigung von Herausgabeansprüchen des Absonderungsberechtigten im Wege vorläufigen Rechtsschutzes	174
2.	Wertverlust des Absonderungsgutes kein Verfügungsgrund.	175
II.	Sicherung des Pfandgläubigers vor Verderb, Verschleuderung oder Wertverlust der Pfandsache.	175
1.	Rechte des Absonderungsberechtigten nach § 168 Abs. 1 S. 2 und Abs. 3 InsO	175
2.	Mitveräußerung von Absonderungsgut im Rahmen „übertragender Sanierungen“	176
3.	Bedeutung der Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber den Absonderungsberechtigten	177
4.	Fallgestaltungen	178
5.	Öffentliche Versteigerung der sicherungsübereigneten Sache	179
III.	Beschwerdewert bei Verwertungsunterlassungsklage	180
1.	Rechtsbehelf des absonderungsberechtigten Gläubigers gegen die Verletzung der Pflichten des Insolvenzverwalters aus § 168 InsO	180
2.	Streit- und Beschwerdewert.	180
IV.	Verwertungserlös bei Freigabe nach § 168 Abs. 3 InsO.	180
V.	Masseforderungen des Absonderungsberechtigten auf Zins- und Wertverlustausgleich	181
1.	Verzinsung, § 169 InsO: Gesetzliche Regelung.	181
2.	Umgang und Grenzen der Verzinsungspflicht, Beweislast	182
3.	Höhe des Zinssatzes.	185
4.	Wertverlustausgleich, § 172 InsO	185
5.	Verhältnis des § 172 InsO zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	186
6.	Immaterialgüterrechte	186
	§ 22 Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	186
I.	Funktion der Verfahrenskostenbeiträge	186
1.	Kostenverursachungsprinzip	186
2.	Grenzen: Die Kosten zur Erhaltung des Absonderungsgutes	187
3.	Hinterlegung des Forderungsbetrages durch den Forderungs-(dritt)schuldner für Sicherungszessionar und Schuldner/Sicherungszedenten	188
4.	Verlust des Absonderungsrechts an sicherungszedierter Forderung nach Einzug durch Schuldner	189
5.	Freigabe gem. § 170 Abs. 2 InsO	189
6.	Einbehaltung der Verfahrenskostenbeiträge vom Verwertungserlös und Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger	190
II.	Arten und Höhe der gesetzlich zu berücksichtigenden Verfahrenskosten	190
1.	Übersicht	190
2.	Feststellungskosten	191
3.	Verwertungskosten.	191
4.	Einzelfragen	191
5.	Beweislast.	192

6.	Abweichende Vereinbarungen zwischen Insolvenzverwalter und gesichertem Gläubiger	192
III.	Entlastung der Masse von der Umsatzsteuer	193
1.	Problembeschreibung	193
2.	Dreifachumsatz bei Verwertung von sicherungsübereigneten Sachen	194
3.	Gesetzliche Regelung	195
4.	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Gutschriften bei Verwertung durch Sicherungsnehmer	195
IV.	Verfahrenskostenbeiträge bei ungerechtfertigter Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den Sicherungsnehmer	196
1.	Ungerechtfertigte Forderungseinziehung nach Eröffnungsbeschluss	196
Kapitel 6: Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters		198
§ 23	Vollstreckung aus Herausgabiteln durch den Sicherungsnehmer	198
I.	Problemstellung	197
II.	Vollstreckungsverbot wegen der Durchsetzung von Insolvenzforderungen	198
1.	Umschreibung des Titels gegen den Insolvenzverwalter nach § 727 ZPO	198
2.	Erstreckung des § 89 InsO auf Herausgabevollstreckungen durch Sicherungseigentümer?	199
3.	Materiellrechtliche Einwendungen gegen den Herausgabeteil	201
4.	Neue Einwendungen aufgrund der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	201
5.	Vollstreckungsgegenklage wegen der Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	202
§ 24	Herausgabeklagen des Sicherungseigentümers aus dem Sicherungseigentum	203
I.	Fragestellung	203
II.	Rechtsschutzbedürfnis des auf Herausgabe klagenden Sicherungseigentümers	203
III.	Risiken einer Herausgabeklage des Sicherungseigentümers	204
IV.	Gesetzliche Inhaltsbestimmung des beschränkt dinglichen Rechts Sicherungseigentum	206
V.	Befugnisse des Sicherungseigentümers außerhalb des Insolvenzverfahrens	207
VI.	Herausgabeklage gegen den Schuldner als Besitzmittler	207
VII.	Bedenken gegen die Ablehnung eines dinglichen Herausgabeanpruchs des Sicherungsnehmers gegen die Masse	208
VIII.	Prozessuale Konsequenzen für die Herausgabeklage	209
§ 25	Klagen auf abgesonderte Befriedigung	211
I.	Gegenstand der Klage i. S. v. § 86 Abs. 1 Nr. 2 InsO	211
1.	Begriffsbestimmung	211
2.	Verzinsung der Sicherheit	211
II.	Leistungsklage auf Zinsen	211

§ 26 Prozessuale Geltendmachung der sicherungszierten Forderung.	211
I. Leistungsklage aus der Forderung.	211
II. Ausschließliche Prozessführungsbefugnis des Insolvenzverwalters	211
III. Abweisung der entgegen § 166 Abs. 2 InsO durch den Sicherungszessionar erhobenen Leistungsklage als mangels Prozessführungsbefugnis unzulässig	212
IV. Streitverkündung gegen den Sicherungszessionar bei Offenlegung der Sicherungszession und durch den Insolvenzverwalter erhobener Leistungsklage.	212
Kapitel 7: Rechte der Gläubiger mit persönlichen Sicherheiten	214
§ 27 Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	214
I. Arten persönlicher Sicherheiten	214
II. Exkurs: Wirksamkeit der vom Insolvenzschuldner einem Dritten bestellte Bürgschaft	214
1. Form und Inhalt der Bürgschaft	214
2. Insolvenz der natürlichen Person als Bürge.	215
III. Stellung von Gesamtschuldner und Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners.	216
1. Doppelmeldungsverbot.	216
2. Rechtliches Gehör des Bürgen	217
3. Insolvenz des Hauptschuldners als Grund der Eintrittspflicht des Bürgen	218
4. Ausschluss der Einrede der Vorausklage des Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	218
5. Betreiben der Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner durch den Bürgschaftsnehmer/Grundpfandgläubiger	219
§ 28 Konkurrenz von Bürgschaft und dinglichen Sicherheiten in dem über das Vermögen des Hauptschuldners eröffneten Insolvenzverfahren.	219
I. Konkurrenz außerhalb des Insolvenzverfahrens.	219
II. Einfluss des Insolvenzverfahrens auf das Verhältnis von Bürgen und dinglich gesicherten Gläubiger.	220
1. Fallgestaltungen	220
2. Haftungsrisiken des Insolvenzverwalters	225
Kapitel 8: Absonderungsrecht der Grundpfandgläubiger	227
§ 29 Rechtsstellung, besonders Klagen und Rechtsbehelfe des Immobiliarpfandgläubigers	227
I. Unterschied zur Stellung der Inhaber von Mobiliarsicherheiten	227
1. Befugnisse des Insolvenzverwalters.	227
2. Rechtsverfolgung nach dem ZVG	229
II. Befriedigung des Absonderungsberechtigten bei freihändigem Verkauf	230
1. Übernahme der grundpfandrechtlichen Belastungen durch den Erwerber.	230
2. Befriedigung des Grundpfandgläubigers aus dem Erlös	231

3.	Keine Verpflichtung des Grundpfandgläubigers zur Erteilung einer Löschungsbewilligung	231
4.	Zahlung von Lästigkeitsprämien aus der Insolvenzmasse	233
5.	Voraussetzungen eines wirksamen Verzichts des Grundpfandgläubigers auf abgesonderte Befriedigung	235
§ 30	Insolvenzverwalter als Beteiligter des Zwangsversteigerungsverfahrens	236
I.	Eigene Befugnisse des Insolvenzverwalters	236
II.	Verfahrenskostenpauschale	236
III.	Insolvenzrechtliche Bedeutung der Zubehörereigenschaft von beweglichen Gegenständen	237
IV.	Verfahrensrechtliche Lage aufgrund des Antrags des Insolvenzverwalters	239
V.	Stille Zwangsverwaltung	239
§ 31	Regelungen der §§ 30d ff.ZVG	242
I.	Übersicht	242
II.	Tatbestände der Einstellung des Zwangsvollstreckungsverfahrens	242
1.	Betriebsfortführung	242
2.	Einstellung zur Abwehr der Gefährdung eines vorgelegten Insolvenzplans	243
3.	Einstellung zur Abwehr der Gefährdung der Verwertung in sonstiger Weise	243
4.	Gläubigerrechte	243
III.	§ 765a ZPO	244
IV.	Werterhalt der Immobiliarsicherheit	245
1.	Geltung des Erhaltungsgrundsatzes auch bei insolvenzbezügelter Einstellung des ZVG-Verfahrens	245
V.	Ausgleichsansprüche nach § 30e ZVG	245
VI.	Aufhebung der einstweiligen Einstellung des ZVG-Verfahrens	248
§ 32	Zwangsverwaltung des Grundstücks	248
I.	Nebeneinander von Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren	248
II.	Sonderprobleme: Wohnrecht des Schuldners und Unterhalt gem. § 100 InsO	250
III.	Betriebsfortführung durch den Zwangsverwalter?	251
IV.	Grundstücksnutzung	252
Kapitel 9:	Dingliche Gläubigerrechte im Eröffnungsverfahren	259
§ 33	Sicherung der Vermögenslage des Schuldners durch Betriebsfortführung	259
I.	Problemlage	259
II.	Behandlung von Aussonderungsrechten im Eröffnungsverfahren ohne Anordnung nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	260
1.	Gesetzliche Regelung	260
2.	Fallgestaltung	260
3.	Anforderungen an die vorläufige Anordnung	260
4.	Umfang von Nutzungsausfall und Ausgleichszahlungen	261
5.	Anspruch auf Wertersatz	261
III.	Behandlung von Absonderungsrechten im Eröffnungsverfahren ohne Anordnung nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	261

1.	Betriebsfortführung im Eröffnungsverfahren	261
2.	Differenzierung nach Art der vorläufigen Verwaltung und Verwertungsmaßnahme	261
3.	Nutzung und Verbrauch von sicherungsübereigneten Sachen	262
4.	Befugnis zur Einziehung durch den Schuldner sicherungs-zedierter Forderungen	264
IV.	Liquidität bei der Betriebsfortführung aus der Vereinnahmung von Beträgen aus sicherungs-zedierten Forderungen	264
1.	Keine Schaffung von Liquidität durch Forderungseinziehung aufgrund vorläufiger Anordnungen nach § 21 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 InsO	264
2.	Entwicklung der Judikatur des BGH	265
3.	Ausgangspunkt in der früheren Rechtsprechung des BGH vor Inkrafttreten des § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 InsO	266
a)	Rechtsmacht des Schuldners zur Einziehung bzw. Vereinnahmung von aus sicherungs-zedierten Forderungen geschuldeter Beträge aufgrund der ihm vom Sicherungsnehmer erteilten Einziehungsermächtigung	266
b)	Sonderkonstellation des Mutter-Kind-Kuren-Fall, BGH, Urt. v. 21.1.2010 – IX ZR 65/09	270
4.	Getränkemarkt-Fall, BGH, Urt. v. 24.1.2019 – IX ZR 110/17, ZIP 2019, 472	273
a)	Fragestellung	273
b)	Fallgestaltung	273
c)	Anknüpfung an die frühere Judikatur vor Inkrafttreten des § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 InsO	274
d)	Pflichtenlage des gem. § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 InsO ermächtigten vorläufigen Verwalters nach Widerruf der Einziehungsermächtigung	275
e)	Insolvenzgerichtliche Einziehungsermächtigung und Auslegung der vertraglichen Einziehungsermächtigung	276
f)	Kritik der Prämissen der Auslegung durch den IX. Zivilsenat	279
5.	Wie muss der vorläufige Insolvenzverwalter handeln, um seinen Pflichten zu genügen, und wann entsteht bei pflichtwidriger Einziehung ein Ersatzabsonderungsrecht der Bank	282
a)	Entscheidung der Sicherheitengläubiger über die Betriebsfortführung?	282
b)	Vereinnahmung und Separierung von sicherungs-zedierten Forderungen eingezogener Beträge auf einem offenen Treuhandkonto	282
c)	Unterscheidbarkeit als Voraussetzung der Ersatzabsonderung	283
d)	Rechtsstellung von Eigentumsvorbehaltslieferanten	283
e)	Handlungsmöglichkeiten	285
f)	Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	285
6.	Prozessuale Lage, Beweislage	285
a)	Sekundäre Beweislast des Insolvenzverwalters	285
b)	Verhältnis zum Auskunftsanspruch des Sicherungsnehmers nach § 167 InsO	286

7.	Stellung des Dritten als Abnehmer der unter verlänger- tem und erweitertem Eigentumsvorbehalt durch den Schuldner als Vorbehaltskäufer hergestellten Ware – der Werkzeugstahl-Fall	286
8.	Abtretung der Lieferantenrechte durch den Pool der Lie- feranten an die Globalsicherungszessionarin	289
V.	Einziehungsermächtigung ohne Anordnung nach § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 InsO – besondere Konstellationen	290
1.	Fallbeispiel	290
2.	Wirksamkeit des dem vorläufigen Verwalters gegenüber erklärten Widerrufs der Einziehungsermächtigung.	291
a)	Kein Zugang des Widerrufs beim Schuldner als rechtszuständigen Adressaten	291
b)	Zustimmungsverwalter	291
3.	Aber: Vorläufige Anordnung vom 6. April 2020	291
4.	Einziehungsverbot des Gläubigers gegen Schuldner <i>und</i> den vorläufigen Insolvenzverwalters	292
5.	Lage nach Erklärung des Widerrufs der Einziehungser- mächtigung und des Einziehungs verbotes durch den Ei- gentumsvorbehaltsverkäufer	292
a)	Übersicht über die eingetretene Lage	292
b)	Wirkung der Nr. 4 der vorläufigen Anordnung vom 4.5.2020	292
6.	Rechtsfolgen	292
a)	Vor dem 4.5.2020 auf Schuldnerkonto eingegangene Zahlung	292
b)	Am 4.5.2020 auf Schuldnerkonto eingegangene Zah- lung	292
c)	Am 21.5.2020 auf Schuldnerkonto eingegangene Zahlung	293
§ 34	Verwertungsvereinbarungen	294
I.	Rechtliche Notwendigkeit	294
II.	Gestaltung	294
1.	Darstellung des Gegenstandes	294
2.	Finanzierungsfunktion durch unechten Massekredit	294
III.	Berücksichtigung tatsächlich und rechtlich offener Fragen	295
1.	Problemlage	295
2.	Formulierungsvorschläge	295
3.	Entscheidungslage des vorläufigen Verwalters	296
Kapitel 10:	Pool gesicherter Gläubiger	298
§ 35	Heterogenität der Interessen und der Rechtsstellung der Gläubi- ger eines insolventen Schuldners	298
I.	Vom concursus creditorum zur Masseverwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	298
II.	Poolbildung als Instrument zur Verbesserung der Verfahrensab- wicklung	298
1.	Entwicklung	298
2.	Pool als Instrument des Schutzes der Rechtsposition gesi- cherter Gläubiger	299
III.	Einbindung aussonderungsberechtigter Gläubiger in das Insol- venzverfahren durch einen Pool?	300

1.	Kranefall	300
2.	Folgerungen	302
IV.	Arten und materielle Rechtsstruktur von Pools.	302
§ 36	Verfahrensrechtliche Stellung eines Gläubigerpools	304
I.	Beweiserleichterung zur Durchsetzung wirksam begründeter dinglicher Rechte an Gegenständen der Ist-Masse?	304
II.	Bestimmtheit der Sache, an der ein Recht besteht als Voraussetzung der Einbringung des Rechts in einen Pool.	304
III.	Rechtsformen eines Pools	305
IV.	Treuhänderischer Charakter des Pools	306
§ 37	Insolvenzrechtliche Grenzen der Poolbildung nach oder vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	307
I.	Unwirksamkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut nach Verfahrenseröffnung gem. § 91 Abs. 1 InsO	307
II.	Kongruenzanfechtung des vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vollzogenen Sicherheitenerwerbs durch und über Pools: Konsortialpool-Urteil.	309
III.	Inkongruenzanfechtung des vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vollzogenen Sicherheitenerwerbs durch und über Pools ..	311
IV.	Vorsatzanfechtung des vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vollzogenen Sicherheitenerwerbs durch und über Pools.	312
§ 38	Stellung und Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters ..	313
I.	Ausgangspunkte der Entscheidungslage des Insolvenzverwalters.	313
II.	Handlungsmöglichkeiten.	313
Kapitel 11:	Absonderungsrechte im Insolvenzplan	314
§ 39	Finanzierungszwangsbeiträge bei Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte	314
I.	Absonderungsrechte im Insolvenzplanverfahren	314
1.	Grundregelung des § 223 InsO	314
2.	Bevorrechtigung der Gläubigergruppe gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO i. S. v. § 245 InsO	314
3.	Zur Konstitution der Gruppe absonderungsberechtigter Gläubiger gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO	316
4.	Absoluter Vorrang dinglich gesicherter Gläubiger vor den ungesicherten Gläubigern.	320
a)	Eingriffe in dingliche Sicherheiten gleichrangig neben Eingriffen in Insolvenzforderungen?	320
b)	Rezeption der nordamerikanischen absolute priority rule im deutschen Insolvenzplanverfahren.	321
c)	Salvatorische Klauseln.	322
II.	Teilnahme der Absonderungsberechtigten an der Beschlussfassung über einen Insolvenzplan	323
1.	Abstimmung nach Gruppen	323
2.	„Betroffenheit“ des absonderungsberechtigten Gläubigers als Voraussetzung seiner Teilnahmebefugnis	323
III.	Erhaltung von dinglichen Sicherheiten gegen Fortführungsbeschlüsse der Gläubigerversammlung	323
1.	Allgemeine Bedeutung der absolute priority rule.	323

2.	Erhaltung dinglicher Sicherheiten und Erhöhung der Insolvenzquote	324
3.	Gemeinsames Interesse der Insolvenzgläubiger und der Grundsatz der Erhaltung der Absonderungsrechte	325
IV.	single asset real estate cases	325
1.	Fragestellung	325
2.	Fallbeispiel	326
3.	Schwierigkeiten der Gruppenbildung	329
4.	Bedingungen der Realisierbarkeit eines single asset real estate cases	330
Kapitel 12: Beteiligung ansonderungsberechtigter Gläubiger am Verfahrensergebnis		338
§ 40	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	338
I.	Ausfall	338
II.	Abschlagsverteilung	339
III.	Schlussverteilung	340
Kapitel 13: Eigenverwaltung des Schuldners		341
§ 41	Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung	341
I.	Gesetzliche Regelung der Verwertungsbefugnis des Insolvenzschuldners nach den §§ 282 Abs. 1 S. 1, 165 ff. InsO	341
II.	Teleologische Reduktion der §§ 282 Abs. 1 S. 1, 165 ff. InsO?	342
Kapitel 14: Internationales Insolvenzrecht		344
§ 42	Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	344
I.	Deutsches autonomes internationales Insolvenzrecht	344
1.	Mobiliarsicherheiten	344
2.	Immobiliarsicherheiten	344
II.	Europäisches internationales Insolvenzrecht: Die Regelungen der Art. 8 ff. EuInsVO	345
1.	Rechte des Belegenheitsstaates	345
2.	Europäische internationale Befugnisse des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens	347
3.	Verwertung von Sicherungsgegenständen in Sekundärinsolvenzverfahren	348
4.	Insolvenzanfechtung	349
5.	Sachliche Reichweite des Art. 8 EuInsVO	349
6.	Eigentumsvorbehalt	350
7.	Grundpfandrechte	353
a)	Anfechtungsrechtliche Löschungsbewilligungsbewilligungsklage als Annexverfahren	353
b)	Löschung des Insolvenzssperrvermerks	354
Stichwortverzeichnis		355